

Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald
Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg
Band: 4 (1991)

Artikel: "Höher als der Buchser Kirchturm..." : Abgrenzung und Anziehung zwischen Werdenberg und Liechtenstein, Beispiele aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts
Autor: Geiger, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893077>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 26.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Höher als der Buchser Kirchturm...»

Abgrenzung und Anziehung zwischen Werdenberg und Liechtenstein, Beispiele aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Peter Geiger, Schaan

Wir hoffen», schrieben die liechtensteinischen «Oberrheinischen Nachrichten» am 9. April 1919, «dass der wahre Schweizergeist sich immer noch als höher erweisen wird als der Buchser Kirchturm.»¹ In Buchs betreibt man «Geldsackpolitik», schimpfte die gleiche Zeitung ein gutes Jahr später, da die Buchser sich gegen einen liechtensteinischen Zollanschluss an die Schweiz sperrten.² Die Geschichte der Beziehungen zwischen Liechtenstein und Werdenberg gleicht den Verhältnissen in einer weitläufigen Verwandtschaft; Man weiss, dass man verwandt ist, will nicht mehr als nötig miteinander zu tun haben, ja nicht zu eng beieinander wohnen, Vorteile gönnt man dem andern nicht und streitet darum, hilft wiederum in wirklicher Not. Dem Leser des «Werdenberger Jahrbuches» 1990 zum Rhein und 1988 zur Auswanderung wird deutlich vor Augen geführt, wie sehr den Bewohnern der Gebiete des heutigen Fürstentums und des Bezirks Werdenberg die Talgeschichte seit je gemeinsam war und ist, wie der fast alles prägende Fluss die Menschen diesseits und jenseits dem Rhein zugleich trennte, ja entzweite, und in der Not doch verband.

Die natürliche Grenze des Rheins und der Luziensteig wurde auch zur politischen und konfessionellen Trennlinie. Das westliche Rheintal wuchs in die Eidgenossenschaft hinein, besser: wurde von dieser erworben. Die Landschaft vom Ellhorn rechtsrheinisch talab bis zum Eschnerberg blieb ausserhalb der Eidgenossenschaft, aber auch ausserhalb des ausgreifenden habsburgischen Herrschaftsbereichs, und vermochte sich dank der äussersten Randlage als kleines Fürstentum in den Wellen obenauf selbständig zu erhalten. Dennoch verlief im Grunde sogar die politische Geschichte diesseits und jenseits des Rheins durchaus parallel: Beide Gebiete waren in früheren Jahrhunderten der Willkür der Herren ausgesetzt, wurden im Absolutismus entsprechend regiert. Die fürstlichen



Blick von Liechtenstein aus über den Rhein nach der werdenbergischen Seite mit Buchs und Sevelen, im Vordergrund Schaan, in der Mitte Strassenbrücke (rechts) und Eisenbahnbrücke. (Liechtensteinisches Landesarchiv Vaduz.)

Landvögte hier und die eidgenössischen Vögte dort unterschieden sich im Prinzip wenig. Nach der Französischen Revolution hielten die politischen Volksrechte in Werdenberg – mit der Gründung des Kantons St.Gallen und nachher des schweizerischen Bundesstaates – dann rascher Einzug als in Liechtenstein, wo sie sich über die Etappen von 1848 (Revolution) und 1862 (konstitutionelle Verfassung) bis 1921 (demokratische Verfassung) ebenfalls neben der monarchischen Gewalt durchsetzten. Brücken und Bahn über den Rhein haben seit rund 120 Jahren – oder vier bis fünf Generationen – den heute selbstverständlichen Querverkehr heranwachsen lassen. Der Rhein ist gemeinsam gebändigt. Der historisch intensive Talverkehr auf der liechtensteinischen Seite hat sich auf die schweizerische Talseite verlagert, Buchs und Sargans sind zu Schwerpunkten geworden. Das Tal wird immer enger, man ist einander näher gerückt. Besteht auch seit 1924 kei-

ne Zollgrenze mehr, so doch die Staatsgrenze, die zwei unterschiedliche Systeme trennt.

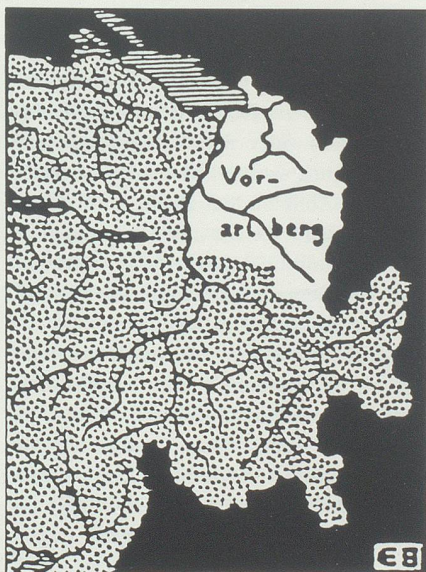
Dieser Wandel hat Reibungspunkte, Abstossungen, aber auch Anziehungen im liechtensteinisch-werdenbergischen Verhältnis bewirkt. Hier sollen einige exemplarische Facetten dazu aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts präsentiert werden, nämlich zur Haltung in der Vorarlberger Anschlussfrage nach dem Ersten Weltkrieg, zur Werdenberger Opposition gegen den liechtensteinischen Zollanschluss an die Schweiz, zum grenzüberschreitenden Fall des Freiwirtschafters Professor Ude (1932), zur Abwehr der Warenhäuser durch die Liechtensteiner (1937) sowie zur Situation im Zweiten Weltkrieg, ausklingend mit den Buchser Bedenken gegen die 1946 durch das Fürstentum fahrende Tour de Suisse.

Soll Vorarlberg ein Schweizer Kanton, Liechtenstein Enklave werden?

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wünschte Vorarlberg, sich der Schweiz als neuer Kanton anzuschliessen. Eine Vorarlberger Volksabstimmung vom 11. Mai 1919 drückte diesen Wunsch mit einer überwältigenden Mehrheit von 80,7 Prozent aus. Während des ganzen Jahres 1919 und im Grunde bis 1922 ging das inständige vorarlbergische Werben, eidgenössisch zu werden, weiter. Die Siegermächte schoben schon 1919 einen Riegel, um den Zerfall Deutsch-Österreichs mit Anschluss Restösterreichs an Deutschland nicht zuzulassen.³ Die Perspektive eines schweizerischen Kantons Vorarlberg liess die Liechtensteiner und die Werdenberger nicht kühl. Liechtenstein wäre ganz von schweizerischem Gebiet umschlossen worden, analog zu San Marino in Italien. Das St.Galler Rheintal wäre nicht mehr schweizerisches Grenzgebiet, Buchs nicht mehr internationaler Grenzbahnhof gewesen. Daraus ergaben sich nun eigentümliche und wechselwirksame Haltungen.

In Buchs formte sich entschlossene Opposition gegen einen Vorarlberger An-

Dieses Kärtchen auf einem Flugblatt des «Comité Bernois pour l'étude de la Question du Vorarlberg» vom September 1919 zeigt die östliche Schweiz, erweitert durch Vorarlberg, dessen Anschluss das Berner Komitee wünschte. Liechtenstein ist schlicht vergessen beziehungsweise Vorarlberg zugeschlagen. (Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz.)



schluss an die Schweiz. Die Neue Helvetische Gesellschaft, Gruppe Werdenberg, nahm in einer Versammlung am 16. November 1919 eine Resolution gegen einen Vorarlberger Anschluss an, ein solcher wäre «unschweizerisch und gefährlich».⁴ Und am Samstag, 22. November 1919, versammelten sich auf Initiative des «Aktionskomitees gegen den Anschluss Vorarlbergs» in Buchs in der protestantischen Kirche über 400 Personen aus dem ganzen Bezirk und allen Parteien. Die Versammlung wurde vom Buchser Gemeindeammann Jacques Kuhn geleitet. Verschiedene Redner argumentierten gegen den Anschluss Vorarlbergs. Gemeindeammann Kuhn hob hervor, Vorarlberg wolle nur aus wirtschaftlicher Not zur Schweiz, die Vorarlberger seien auch gar keine Republikaner (sondern Monarchisten). Kantonsrat Dr. Schwendener warnte, mit Vorarlberg als Kanton erhielte die Schweiz nur «eine Unmenge Lasten und internationale Verwicklungen». Kantonsrat Schlegel redete ebenso. Für den Anschluss votierten Kantonsrat Wildhaber von Sargans und Fabrikant Fink aus St.Margrethen, erfolglos. Die «imposante» Versammlung stimmte am Schluss einer Resolution zu: «Nie und nimmer» wolle man einen Vorarlberger Anschluss akzeptieren; der Bundesrat wird ersucht, abzulehnen.⁵ Der im Komitee aktive Präsident des Verkehrsvereins von Buchs, Künzler, zugleich Bahninspektor in St.Margrethen, schrieb Briefe ähnlichen Inhalts an Bundesrat Calonder.⁶ Nationalrat Schwendener und Gemeindeammann Kuhn hatten am 17. November 1919 dem Bundesrat ein Telegramm gesandt, in welchem sie das «neutralitätswidrige Gebaren» der Anschlussbefürworter geisselten.⁷ Diese anschlussgegnerrischen Aktionen im Herbst 1919 standen im Zusammenhang mit einer in jenen Wochen wachsenden Bewegung der Sympathie für die Vorarlberger Anschlussbestrebungen in der ganzen Schweiz wie im Kanton St.Gallen und besonders im untern Rheintal und im St.Galler Oberland.⁸

In Liechtenstein indessen war man bezüglich des Vorarlberger Anschlusses gespalten. Dabei traten entsprechende Reaktionen auf die Werdenberger beziehungsweise Buchser Haltung zutage. Die Fortschrittliche Bürgerpartei, eben erst 1918 gegründet, konservativ, bäuerlich, monarchisch, im Unterland verankert und auf Österreich ausgerichtet, wandte sich

mit ihrem Organ, dem «Liechtensteiner Volksblatt», vehement gegen ein schweizerisches Vorarlberg. Die Bürgerpartei stand damit im gleichen Lager wie die Buchser Gegner eines Vorarlberger Anschlusses, wenn auch nicht aus denselben Gründen. Bürgerpartei und «Volksblatt» fürchteten, ein schweizerisch umschlossenes Liechtenstein wäre ungewünschten liberalen, auch sozialistischen und jedenfalls antimonarchischen Eindringungen ausgesetzt, müsste gezwungenerweise einen Wirtschaftsanschluss an die Schweiz eingehen und würde möglicherweise seine Existenz bald durch Aufgehen in der Schweiz verlieren. Ausser eigenen Stellungnahmen solcher Art brachte denn das «Liechtensteiner Volksblatt» vor allem auch viele Berichte und Pressestimmen aus der Schweiz gegen den Vorarlberger Anschluss. Pressegeschichtlich pikant ist dabei der Umstand, dass das «Liechtensteiner Volksblatt» von niemand anderem als Gemeindeammann Kuhn, Gegner des Vorarlberger Anschlusses, in Buchs gedruckt und verlegt wurde. Die Druckerei fügte der Zeitung alle nichtliechtensteinschen Beiträge ein.⁹

Die ebenfalls erst 1918 gegründete liechtensteinische Christlich-soziale Volkspartei, geführt vom Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Beck und vertreten durch dessen Zeitung «Oberrheinische Nachrichten», stand zur Bürgerpartei in scharfer Opposition. Sie wünschte demokratische Reformen, Beschränkung der monarchischen Stellung, Ablösungen von den fürstlichen Beamten aus Österreich und von der fürstlichen Hofkanzlei in Wien und rasche wirtschaftliche Entwicklung im Lande. Da kam der Vorarlberger Anschlusswunsch gerade recht. Volkspartei und «Oberrheinische Nachrichten» traten nun energisch für einen Anschluss der Vorarlberger an die Schweiz ein, nicht nur, weil dies der demokratische Vorarl-

1 O. Na., 9. April 1919: «Umschau».

2 O. Na., 26. Juni 1920: «Liechtenstein und Buchs».

3 Vgl. Witzig 1974; Dreier/Pichler 1989; «Eidgenossen helft . . .».

4 L. Vo., 19. Nov. 1919: «Buchs».

5 L. Vo., 26. Nov. 1919: «Imposante Tagung in Buchs».

6 Witzig 1974, S. 146f.

7 Witzig 1974, S. 147.

8 Witzig 1974, S. 367ff.

9 L. Vo., Jahrgang 1919; vgl. Geiger 1990b.

Neue Helvetische Gesellschaft, Gruppe Werdenberg.

Sonntag den 16. November 1919, abends 8 Uhr, in der
„Traube“ in Buchs 8368
Behandlung der Vorarlbergerfrage.
Bahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Einladung zur Versammlung der Neuen Helvetischen Gesellschaft zur (ablehnenden) Behandlung des Vorarlberger Anschlusswunsches. (Inserat im «Werdenberger & Obertoggenburger» vom 14. November 1919.)

berger Volkswille war, sondern weil die Volkspartei sich von einer schweizerischen Inselstellung des Fürstentums Liechtenstein gerade die rasche Erfüllung jener angestrebten Ziele erwartete, ohne andererseits ein Aufgehen in der Schweiz zu befürchten. Erst wenn Vorarlberg zur Schweiz komme, könne Liechtenstein sich wirklich «selbständig» entwickeln.¹⁰ Entsprechend fanden sich die «Oberrheinischen Nachrichten» – die sonst ideologisch den Buchsern näher standen als das «Liechtensteiner Volksblatt» – in Gegenstellung zu den Buchser Gegnern eines Vorarlberger Anschlusses. Die «Oberrheinischen Nachrichten» gossen auf die Buchser Anschlussgegner ihren Spott aus: Das erwähnte Telegramm von Gemeindeammann Kuhn und Nationalrat Schwendener kommentierten die «Oberrheinischen Nachrichten»: «Oh weh! Der Buchser Kirchturm in Gefahr!»¹¹ Gern sahen sich die liechtensteinische Volkspartei und die «Oberrheinischen Nachrichten» in Übereinstimmung mit den befürwortenden Gruppen im Kanton St.Gallen und in der Schweiz, welchen man deswegen mehr «wahren Schweizergeist» attestierte.¹²

Schliesslich erlangten eigentlich alle drei – Buchser, Bürgerpartei und Volkspartei –, was sie wirklich wollten, weil oder obwohl Vorarlberg österreichisch bleiben musste: Buchs blieb Grenzort, Liechtenstein blieb Grenzland statt Enklave, und die Volkspartei kam auf anderem Weg zum angestrebten Modernisierungsschub für Liechtenstein, nämlich über den Zollvertrag Liechtensteins mit der Schweiz. Dieser war nämlich der Volkspartei wichtiger als die Erfüllung der Vorarlberger Wünsche. Aber gerade den Zollvertrag wünschten die Buchser keineswegs.

Zollvertrag mit Liechtenstein: «Dorado für den Schmuggel und für den Übertritt von schriften- losem Gesindel»?

Obzwar neutral, hatte Liechtenstein im Ersten Weltkrieg wirtschaftlich mit Österreich–Ungarn, mit dem es seit 1852 zollvertraglich verbunden war, gelitten. Am 2. August 1919 beschloss der liechtensteinische Landtag die Kündigung des Zollvertrages mit Österreich. Das Fürstentum suchte eine wirtschaftliche Neuorientierung Richtung Schweiz. Eine solche betrieb insbesondere die liechtensteinische Christlich-soziale Volkspartei, während sich die Fortschrittliche Bürgerpartei vorerst skeptisch zurückhielt und lieber mit Österreich eine neuerliche Wirtschaftsverbinding eingegangen wäre. Neben den im vorangehenden Kapitel genannten allgemeinen ideologischen Gründen spielten Arbeitsmarkt und Absatz eine Rolle: Die Bauern und das Unterland waren auf Feldkirch ausgerichtet, wo man das Vieh und die bäuerlichen Produkte auf den Markt brachte, wo man einkaufte und zukehrte. Die Oberländer Gemeinden aber waren zunehmend nach dem näheren Schweizer Arbeitsmarkt, der mehrere hundert liechtensteinische Saisonarbeitskräfte aufnahm, orientiert. Auf den liechtensteinischen Ladentischen klimperte schon fröhlich der Schweizer Franken, immer seltener schepperte die österreichische Krone. Von 1919 bis 1923 verhandelte Liechtenstein mit der Schweiz, es bildete solange ein eigenes Zollgebiet, auf den 1. Januar 1924 trat der seither bestehende Zollanschlussvertrag schliesslich in Kraft – unter massiver Opposition von jenseits der Buchser Rheinbrücke. Was bewog die Buchser zur Ablehnung?

Der schweizerische Bundesrat und die Regierungen der angrenzenden Kantone Graubünden und St.Gallen nahmen den

Wunsch eines Anschlusses ans schweizerische Zollgebiet freundlich auf in der Meinung, man solle dem kleinen Nachbarvölkchen aus der Not helfen, unter Wahrung der schweizerischen Interessen. Die Bündner wünschten keine Kosten der Zollüberwachung zu tragen, die St.Galler wollten die Grenzbahnhofrage zugunsten der Buchser gelöst sehen.¹³

Im Bundesrat stimmte nur Schulthess, der das Volkswirtschaftsdepartement führte, gegen den Zollvertrag; er meinte, Liechtenstein sei nicht in der Lage, die zu übernehmende schweizerische Gesetzgebung, etwa im seuchenpolizeilichen Bereich, hinreichend durchzuführen.¹⁴ Dem liechtensteinischen Landesverweser (und späteren Regierungschef) Joseph Ospelt gegenüber bezweifelte Bundesrat Schulthess, dass Liechtenstein nach dem Zollanschluss seine Souveränität lange zu bewahren vermöchte.¹⁵ Andererseits sah Bundesrat Karl Scheurer, Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartementes, bereits die Möglichkeit, das liechtensteinische Territorium für die schweizerische Verteidigung zu nutzen, etwa durch Besetzung im Kriegsfall.¹⁶

Nach dem Widerstand gegen den Vorarlberger Anschluss fand man in Buchs und Umgebung nahtlos zum Widerstand gegen einen Zollanschluss Liechtensteins. Man gab die Opposition drei Jahre lang, bis zur letzten Abstimmung im Nationalrat am 21. Dezember 1923 – wenige Tage vor Inkrafttreten am 1. Januar 1924 –, nicht auf. Interessant ist einerseits der energische Aufwand – von 1920 bis 1923 folgten sich die Eingaben –, andererseits das Argumentationsmuster. Argumentiert wurde oft auf der gesamtschweizerischen, neutralitätspolitischen, volkswirtschaftlichen oder gar moralischen Ebene, meist erst in zweiter Linie auf der Ebene der lokalen oder regionalen Interessen. Konkret ging es nämlich wieder vor allem um den Zollbahnhof Buchs und dessen Bedeutung für Buchs und Umgebung.

Am 18. Juni 1920 schrieb die Gemeinde Buchs – Gemeindeammann war bis 1922 Jacques Kuhn – dem Bundesrat, man sei in Sorge, das Hauptzollamt Buchs-Bahnhof würde bei einem liechtensteinischen Zollanschluss nach Feldkirch verlegt, die Gemeinde Buchs müsste grössten Schaden erleiden, Liechtenstein sei dagegen finanziell nicht einmal in der Lage, die Mehrausgaben für Besoldung zu tragen. Die Antwort des Bundesrates, das Zoll-



Liechtensteiner Grenzwaache 1917—1923

Liechtenstein hatte vom Herbst 1919 (nicht 1917) bis Ende 1923 als eigenständiges Zollgebiet auch eine eigene, 16 Mann starke Grenzwaache. (Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz.)

amt bleibe in Buchs, beruhigte nicht.¹⁷ Am 17. Mai 1921 schrieben zehn in Buchs tätige Speditionsfirmen und der Buchser Gemeinderat ans Kaufmännische Directorium in St.Gallen: Ein Zollvertrag mit Liechtenstein wäre «eine Zumutung an die Schweiz», «ein starkes Stück»; «verderblicher Schmuggel und . . . Korruption ganzer Landesteile, auch auf der Schweizer Seite», wären die Folge; Liechtenstein möge sein Heil wieder bei Österreich suchen. Das Zollamt Buchs-Bahnhof doppelte bei der Churer Zollkreisdirektion nach: Ein Zollanschluss Liechtensteins könnte «nur zum Schaden der Schweiz» erfolgen, die Liechtensteiner suchten bei der Schweiz nur den finanziellen Vorteil, nämlich jetzt, da «die hauptsächlich durch Schmuggel und Schiebereien erworbenen Kronenvermögen» durch Kurssturz den Wert verlor.¹⁸ Ein von alt Nationalrat Gallus Schwendener präsidiertes «Werdenbergisches Initiativkomitee contra Zollanschluss» in Buchs nahm im März und Oktober 1922 wiederholt zuhänden des Bundesrates Stellung. Es wies auf die mangelnde finanzielle Kraft des liechtensteinischen Staates hin – Liechtenstein vermöge nicht einmal Zollhäuser zu bauen –, auf den liechtensteinischen Schmuggel und schliesslich darauf, dass gar mit den künftig im rein katholischen Liechtenstein eingesetzten protestantischen Grenzwachtern «ein beträchtliches Kontingent junger Schweizer einem moralischen Sumpffieber ausgesetzt» sein müsste; solche «moralische Gefährdung» habe der

Staatsmann geradeso wie «materiellen Schaden» fernzuhalten.¹⁹ Hier machte man sich ein Argument aus dem Kulturkampf, dem politischen Konfessionenstreit, zunutze. Nationalrat Johann Jakob Gabathuler aus Weite/Wartau votierte im Frühling und Sommer 1922 wiederholt im Nationalrat gegen einen liechtensteinischen Zollvertrag; ein solcher entspreche den schweizerischen Interessen nicht.²⁰

Am 28. Oktober 1922 folgte eine neue Buchser Eingabe an den Bundesrat: Der Zollvertrag sei ein «Schritt ins Dunkle», sicher wäre allein ein jährliches Defizit für die Schweiz, als Preis für die «moralische Genugtuung», Liechtenstein zu helfen. Die Buchser, unterstützt durch Eingaben des Hauptzollamtes Buchs und der Zollkreisdirektion Chur, schlugen statt eines Zollvertrags ein blosses Abkommen über den kleinen Grenzverkehr vor.²¹ Am 8. März 1923, drei Wochen vor der Unterzeichnung des Zollvertrages, sprach eine Delegation des «Werdenbergischen Initiativkomitees contra Zollanschluss» im Bundeshaus bei Bundesrat Motta, dem Vorsteher des Politischen Departements, vor und erlangte die Zusicherung, Buchs solle seine Stellung behalten.²²

Nach der Unterzeichnung des Zollanschlussvertrags (am 29. März 1923)²³ zielte die Gegnerschaft noch auf die Ratifikationsbeschlüsse in den eidgenössischen Räten. Das gegnerische «Werdenbergische Initiativkomitee» veröffentlichte im August 1923 eine ausführliche Stellungnahme: «Zum Zollvertrag mit Liechtenstein. Der Standpunkt der Anschluss-

Gegner.» Es unterzeichneten als Präsident alt Nationalrat G. Schwendener, Advokat in Buchs, und als Aktuar J. Vetsch.²⁴ Diese Stellungnahme wurde als Broschüre auch allen National- und Ständeräten zugestellt.²⁵ Jetzt rechneten die Buchser Anschlussgegner konkret und mit eindrücklichen Zahlen vor, was Buchs vom Zollvertrag mit Liechtenstein zu erwarten habe: Da die Zollgrenze an die liechtensteinisch-österreichische Grenze vor die Tore Feldkirchs zu liegen käme, würden mit Sicherheit das österreichische und somit auch das schweizerische Hauptzollamt von Buchs nach Feldkirch verlegt. Anstelle von Buchs würde Feldkirch zum internationalen Transitbahnhof erhoben. Dies müsste der Gemeinde Buchs wie auch Kanton und Bund «schwere Nachteile» bringen, nicht nur durch die Entwertung der Anlagen und wegen der Beteiligung an den Kosten in Feldkirch, sondern vor allem wegen des Wegzugs der Speditionsgeschäfte und des Grossteils der Beamten. Die Speditionsfirmen beschäftigten in Buchs nämlich zu jener Zeit um 80 Angestellte, die Post allein im Bahnhof Buchs 45, das schweizerische Hauptzollamt Buchs (ohne Grenzwaache) 31 Angestellte, das Bahnpersonal des Bahnhofs

10 O. Na., 23. April 1919: «Feststellung». – Zur Haltung der *Oberrheinischen Nachrichten* in der Vorarlbergerfrage vgl. Geiger 1990b.

11 O. Na., 22. Nov. 1919: «Die Vorarlberger Anschlussfrage».

12 O. Na., 9. April 1919: «Umschau».

13 Vgl. Seger 1973.

14 Bundesrat Schulthess am 26. Jan. 1923 in der Bundesratssitzung; Seger 1973, S. 39.

15 Landesverweser Ospelt sprach am 11./12. Okt. 1921 bei allen Bundesräten in Bern vor; Seger 1973, S. 31ff.

16 Bundesrat Scheurer in der Bundesratssitzung vom 18. Jan. 1922; Seger 1973, S. 33.

17 Seger 1973, S. 25.

18 Zit. Seger 1973, S. 30.

19 Zit. Seger 1973, S. 34. – Vgl. *W&O*, 24. Aug. 1923: «Zum Zollvertrag mit Liechtenstein. Der Standpunkt der Anschluss-Gegner».

20 Seger 1973, S. 36.

21 Zit. Seger 1973, S. 37f. – Vgl. *W&O*, 24. Aug. 1923. Nach letzterem ist jene Eingabe am 28. Oktober 1922 erfolgt, nach Seger 1973, S. 37, am 26. Oktober.

22 Vgl. *W&O*, 24. Aug. 1923.

23 Seger 1973, S. 39ff.

24 Abgedruckt im *W&O* vom 24. Aug. 1923. Die folgenden Zitate stammen aus dieser öffentlichen Stellungnahme des Initiativkomitees.

25 Seger 1973, S. 44.

Buchs zählte 210 Personen. Zusammen wiesen diese 366 Personen ein steuerbares Einkommen von jährlich 1 066 000 Franken aus – damals eine Riesensumme. Der Grossteil dieser Angestellten würde wegziehen, sie würden nicht mehr in Buchs und Umgebung ihr Einkommen verzehren und versteuern; das gleiche gelte zusätzlich für die gegen 50 Grenzwächter entlang der schweizerischen Grenze, welche neu in Liechtenstein an der österreichischen Grenze stationiert würden. Die Erhaltung des Grenzbahnhofs sei daher «für Buchs die eigentliche Lebensfrage».

Das Werdenberger Initiativkomitee wies auch besorgt auf die in Österreich bestehenden «Aspirationen zu Gunsten von Feldkirch und zum Schaden von Buchs» hin, ebenso auf die damit verbundene Absicht der österreichischen Bahn, das «Anhängsel» der durch Liechtenstein führenden österreichischen Bahnstrecke so rasch als möglich an die Schweiz zu verkaufen, was aber «den Lebensfaden der Gemein-

Jacques Kuhn (1864–1922) in schweizerischer Hauptmannsuniform. Er war Gemeindeammann von Buchs 1909–1922, Mitglied des st.gallischen Grossen Rates 1909–1921 und wehrte sich gegen einen Anschluss Vorarlbergs und gegen den liechtensteinischen Zollanschluss an die Schweiz, weil er um die wirtschaftliche Stellung von Buchs fürchtete. (Bild Privatbesitz Jacques Kuhn, Buchs.)



Gallus Schwendener (1858–1936) war Rechtsanwalt in Buchs, Buchser Gemeindeammann 1900–1903, Kantonsrat 1891–1917, Nationalrat 1909–1919. Er arbeitete gegen den Vorarlberger Anschluss und präsidierte danach das «Werdenbergische Initiativkomitee contra Zollanschluss» Liechtensteins. (Bild Privatbesitz Hansruedi Rohrer, Buchs.)

de Buchs hoffnungslos entzwei schnitte». Auf österreichischer Seite sei zudem eine «wurmende Verstimmung» hervorgerufen worden, weil der «vertragsflüchtige Bundesgenosse» Liechtenstein von Schweizer Seite sofort zu Verhandlungen empfangen worden sei, ohne Österreich nur mit einem Wort zu begrüssen; solche Verstimmung fördere nur die «Feldkircher Bahnhofbestrebungen». Ohne Klärung der Buchser Bahnhoffrage werde «die das Geschäftsleben von Buchs bedrohende Unsicherheit chronisch». «Das Damoklesschwert des wirtschaftlichen Rückganges . . . lähmt Gewerbefleiss und Unternehmungslust der davon bedrohten Bevölkerung.»

Und patriotisch verbrämt heisst es weiter: «Ein wirtschaftliches Opfer könnte man sich gefallen lassen, wenn es wenigstens zu Gunsten des Vaterlandes gefordert würde. Die glorreiche Humanitätspolitik der Schweiz scheint uns jedoch zu weit getrieben, wenn man, um 8000 Fremden, denen in anderer Weise ausreichend geholfen werden kann, unter die Arme zu greifen, die wirtschaftliche Existenz einer beträchtlich grösseren Zahl eigener Landeskinder in einer ihrer Hauptgrundlagen erschüttert.»²⁶

Zwar wird in einer Zeile knapp vermerkt, dass der Zollanschluss die Liechtensteiner auf die werdenbergischen Märkte zwingt; dies könne den Schaden aber bei weitem nicht aufwiegen.

Aber, behaupten die Buchser selbstgerecht weiter, ihre Gegnerschaft gegen den Zollanschluss an sich beruhe gar «nicht auf lokalen, sondern auf allgemein schweizerischen Gesichtspunkten». Diese breiteten sie nun den Bundesbehörden aus, «nach gutem Schweizer Brauch». Alt Nationalrat Schwendener und sein Komitee sahen politische Gefahren im Zollanschlussvorgang. Die orchestrierte, von der Regionalpresse und von der «Neuen Zürcher Zeitung» suggerierte Anschlusspropaganda für die plötzlich «stammverwandten» Liechtensteiner sei verdächtig. «Das Schwinden der liechtensteinischen Souveränität würde uns wahrlich wenig kümmern, wenn sie sich wie ein Schneckenhorn still [. . .] in sich selbst zurückzöge.» Aber, heisst es weiter:

«Jedes Minus an liechtensteinischer Souveränität bedeutet infolge der Zollunion ein Plus an schweizerischer Staatshoheit, und das Ende vom Lied ist: ein zugewandter Ort – ein neues Glied der schweizerischen Eidgenossenschaft.»²⁷ Ein solcher Vorgang aber verrate ein abzulehnendes «grosshelvetisches Staatsideal», auch wenn es sich bei Liechtenstein erst um ein «Pünktchen» handle. Man solle nicht Grenzerweiterungen ins Auge fassen und schon gar nicht verhüllt «mit dem Schleier eines Liebesdienstes», um dem Nachbarn aus der «in kopfloser Überstürzung selbstverschuldeten Verlegenheit» zu helfen – gemeint war die Lösung Liechtensteins vom Zollverhältnis mit Österreich.

Im übrigen sei, so wurde wieder praktischer argumentiert, von «Zolldelinquenten und ihrem Anhang» in Liechtenstein zu fürchten, sie möchten gegen die schweizerischen Organe «im fremden Lande» zu passivem und aktivem Widerstand aufwiegen, gegen «die schweizerischen 'Landvögte'». Ausserdem, so berechnete das Komitee, werde die Zollpauschale von jährlich 150 000 Franken an Liechtenstein ein «Geschenk» sein, indem die Zolleinnahmen höchstens für die zusätzlichen Kosten reichen würden; das Komitee konnte sich dabei auf das Gutachten von Professor Jakob Lorenz von der ETH Zürich, verfasst für die liechtensteinische Regierung, stützen. Und schliesslich sei es äusserst unklug, die



Der Bahnhof Buchs um 1920/30. Von einem liechtensteinischen Zollanschluss befürchtete man in Buchs den Verlust der österreichischen und schweizerischen Grenzzollämter und damit auch des internationalen Transitbahnhofs in Buchs. (Bild Privatbesitz Hansruedi Rohrer, Buchs.)

leicht zu überwachende nasse Grenze des Rheins gegen eine neue, unübersichtliche Landgrenze einzutauschen: Die letzten Jahre hätten zur Genüge gezeigt, dass die neue Zollgrenze innerhalb Liechtensteins «ein wahres Dorado für den Schmuggel und den Übertritt von schriftenlosem Gesindel» biete.

Erneut unterbreitete das Komitee dem Bundesrat den schon im Vorjahr erbrachten «Gegenvorschlag»: Mit Liechtenstein solle statt eines Zollvertrags ein «Zonenregime mit gegenseitig bevorzugtem kleinem Grenzverkehr» vereinbart werden, dadurch würden immerhin die liechtensteinischen land- und forstwirtschaftlichen Produkte Zugang zum schweizerischen Absatzmarkt erhalten. Das Initiativkomitee ersuchte zum Schluss die eidgenössischen Räte, «von einer Einverleibung Liechtensteins in das schweizerische Zollgebiet grundsätzlich abzusehen» und dem Nachbarland in anderer Weise zu helfen, jedenfalls aber die Ratifikation so lang hinauszuschieben, bis restlos geklärt sei,

dass das Hauptzollamt in Buchs sicher bleibe.²⁸

Die Werdenberger und Buchser Befürchtungen waren verständlich. Es war in und über Liechtenstein geschmuggelt worden, staatenlose Flüchtlinge traten über, den Buchsern waren die Liechtensteiner noch «Fremde». Die Feldkircher bemühten sich, den Transitbahnhof mit Zollämtern zu erlangen. Wie der Zollanschluss Liechtensteins sich finanziell und wirtschaftlich beidseitig auswirken würde, war ungewiss. Das Initiativkomitee betonte durchaus, den Liechtensteinern müsse in ihrer Notlage geholfen werden²⁹, aber eben nicht so, nicht durch Zollanschluss, auf Buchser und Werdenberger Kosten.

Immerhin verzögerte sich die Ratifikation in den eidgenössischen Räten.³⁰ Der «Werdenberger und Obertoggenburger» brachte am 28. September 1923 einen langen, ablehnenden Artikel aus den «Basler Nachrichten». Darin hiess es, der Zollvertrag gebe Liechtenstein faktisch «die Stellung eines Schweizer Kantons, und die

fürstlich liechtensteinische Regierung tritt also als 26. zu den 25 Kantonsregierungen»; es liege nicht im Geiste der schweizerischen Bundesverfassung, dass «ein Fürstentum in den Kreis der schweizerischen Kantone aufgenommen wird», umso mehr als Liechtenstein trotzdem souverän bleiben und die demokratische Form der Schweizer Kantone nicht annehmen wolle. Man befürchtete, dass in Liechtenstein die schweizerischen Gesetze nur unvollständig durchgeführt würden – etwa im Bereich von Fremdenpolizei, Sanitäts- und Veterinärwesen –, so dass der «neueste Miniaturkanton» zu einer «offenen Wunde», einem «Herd und Zugangstor für alle möglichen höchst unerwünschten

26 «Zum Zollvertrag mit Liechtenstein. Der Standpunkt der Anschluss-Gegner» *W&O*, 24. Aug. 1923.

27 *Ebda.*

28 *Ebda.*

29 *Ebda.*

30 Seger 1973, S. 46ff. – Vgl. *W&O*, 3. Sept. 1923: «Der Zollanschluss Liechtensteins».

Einflüsse» werden könnte. Es bestehe auch die Gefahr, dass die Vorarlbergerfrage im Hintergrund stehe, indem dem Schweizer Volk «auf dem Wege über Liechtenstein ein ähnliches Verhältnis mit dem 27. Kanton mundgerecht gemacht werden soll» – eben einem künftigen Kanton Vorarlberg. Liechtenstein solle daher nicht «Wirtschaftskanton» der Schweiz werden.³¹

Auf der lokalen, aber auch nationalen Ebene tat sich noch einiges. In Feldkirch forderte eine stark besuchte Versammlung im September 1923 in einer Resolution die Stadtvertretung auf, sich für die Verlegung der Zollämter nach Feldkirch und für den Ausbau eines Transitbahnhofs einzusetzen, um den Verlust durch die liechtensteinische Zollneuorientierung wettzumachen.³² Auf eine als «rüde» empfundene Kritik der «Obersrheinischen Nachrichten» am werdenbergischen Initiativkomitee, welche in der Warnung gipfelte, die Liechtensteiner könnten auch anderswo als in Buchs einkaufen, wiesen «eine Anzahl Handel- und Gewerbetreibender von Buchs» diese Abkanzlung zurück: Die Geschäftsleute in Buchs hätten vom Zollanschluss mehr zu fürchten als zu erhoffen, die Liechtensteiner wollten nur, dass die Schweizer Nachbarschaft sich als Absatz- und Arbeitsmarkt öffne, dieweil Liechtenstein selber jede Konkurrenz fernhielte.³³ Die Mitteilung der Vorarlberger Landesregierung vom 1. Oktober 1923 über die geplante substantielle Erweiterung des Feldkircher Bahnhofs Richtung Schweiz und die Mitteilung, dass der einflussreiche Führer der Vorarlberger Christlichsozialen Partei, Fink, sich in Wien für die Feldkircher Bestrebungen einsetze, lösten neue Beunruhigung aus. Die Redaktion des «Werdenberger und Obertoggenburger» drückte die Hoffnung aus, der Nationalrat möge den Zollvertrag doch noch verwerfen, «um Buchs vor einer Katastrophe zu bewahren».³⁴

Vor der Abstimmung im Ständerat am 4. Oktober 1923 relativierte der freisinnige Ständerat Bolli (Schaffhausen) als Kommissionssprecher die Problematik des Zollvertrages auf die einander entgegenstehenden lokalen Interessen von Buchs und Feldkirch, während der freisinnige Ständerat Isler (Aargau) warnte, mit dem Zollanschluss Liechtensteins schaffe man ein «staatsrechtliches Warenhaus, eine Fundgrube für Dissertationen». 25 zu-

stimmende Ständeräte standen schliesslich 7 ablehnenden gegenüber.³⁵ Die nationalrätliche Zolltarifkommission tagte vom 15. bis 17. Oktober in Bad Ragaz, nahm einen Augenschein im Fürstentum vor und hörte im Buchser Rathaus – Bundesrat Motta war auch dabei – nochmals die Gegenargumente des Werdenberger Komitees an, ohne dessen Bedenken ganz beseitigen zu können.³⁶

Die österreichische Haltung in der Bahnhoffrage war noch nicht restlos geklärt. In Feldkirch versuchte der Bürgermeister den auf Wahlbesuch weilenden Bundeskanzler Seipel um Unterstützung für die Verlegung des Hauptzollamts von Buchs nach Feldkirch.³⁷ Nach Verzögerungen³⁸ wurde die Bahnhoffrage vor Weihnachten zwischen Österreich und der Schweiz – bei finanziellem Entgegenkommen der letzteren – zugunsten des bisherigen Buchser (und St.Margrethener) Standorts gelöst.³⁹

Vor der letzten Abstimmung über den Zollvertrag im Nationalrat am 21. Dezember 1923 trug Nationalrat Gabathuler aus Trübbach nochmals die Bedenken vor und stellte auch die Frage, ob Liechtenstein im Falle von Verwicklungen oder Krieg im österreichischen Nachbarland als schweizerisches Inland oder als Ausland zu gelten habe. Doch enthielt er sich schliesslich nur der Stimme und drückte versöhnlich die Hoffnung aus, der «alt-

freundnachbarliche Verkehr» mit Liechtenstein möge wieder aufblühen. Der Nationalrat genehmigte nun den Zollvertrag ohne Gegenstimme. Der liechtensteinische Landtag hatte schon zugestimmt.⁴⁰

Die Buchser waren nicht ganz unglücklich. Ihr Hauptinteresse war dank zähem Einsatz des Initiativkomitees gewahrt. Den Zollanschlussbefürwortern verbat man nachträglich das «Nasenrumpfen» über die Werdenberger und wies den Vorwurf «öder Kirchturmpolitik» auf sie selber zurück.⁴¹ Die eigene St.Galler Kantonsregierung wurde getadelt, weil sie «die Liebe zum Vorarlberg auch auf Liechtenstein übertragen» und darob den um seine Existenz kämpfenden Bezirk Werdenberg vernachlässigt habe.⁴² Mit eidgenössisch-patriotischer Wehmut nahm man mit dem ausgehenden Jahr 1923 Abschied von einer historischen Epoche, während welcher «seit mehr als 500 Jahren die schweizerischen Grenz-wachen den Rhein von Salez bis zum Fläscher Berg [. . .] bewacht» hätten.⁴³ Und zum Silvester findet man sich in Buchs-Werdenberg mit dem «unerwünschten» Geschenk des liechtensteinischen Zollanschlusses ab: «Nun heisst es [. . .] abzuwarten, wem bei diesem Geschäft die reifen Früchte in den Keller getragen werden.»⁴⁴ Versöhnlich wünscht der «Werdenberger und Obertoggenburger» zugleich namens des Werdenberger Volkes,

Der alte Bahnhof Feldkirch um 1920/30. Die Feldkircher wünschten im Zuge des liechtensteinischen Zollanschlusses an die Schweiz die Verlegung der Hauptzollämter und des Transitbahnhofs nach Feldkirch. (Bild Stadtarchiv Feldkirch.)



dass für den liechtensteinischen Nachbarn am Neujahrstag mit dem Zollvertrag «eine lange Reihe glücklicher Jahre beginnt».⁴⁵

Gabathulers Gespür als Grenzbewohner trotz nicht ganz. Als nur vier Jahre nach Abschluss des Zollvertrags der Rhein 1927 bei der österreichischen Eisenbahnbrücke bei Schaan nach Liechtenstein einbrach, vertiefte die auch von der Werdenberger Seite geleistete Hilfe die positiven nachbarlichen Beziehungen.⁴⁶ Der Verkehr zwischen Liechtenstein und Werdenberg intensivierte sich ab dem 1. Januar 1924 bald auch zugunsten der Buchser Geschäftswelt – wie Motta im Buchser Rathaus geweissagt hatte –, und zwar so sehr, dass nun die Liechtensteiner ihrerseits sich zu wehren hatten, wie die Warenhausfrage 1937 zeigen wird. Und nur eineinhalb Jahrzehnte nach Abschluss des Zollvertrags, ab 1938, sollte sich Gabathulers Neutralitätspolitische Frage mit dem Anschluss Österreichs und mit nationalsozialistischen Aspirationen bezüglich Liechtensteins direkt stellen.

Keine freie Rede für den Freiwirtschaftler Professor Ude

Auf einer ganz andern Ebene spielte sich die Episode um den Grazer Theologen Professor Dr. Johannes Ude ab. Sie weist durchaus polit-komische Züge auf, beleuchtet aber zugleich eine Facette im liechtensteinisch-werdenbergischen Verhältnis.

In Liechtenstein hatte sich 1930 ein «Liechtensteinischer Freiwirtschaftsbund» gebildet⁴⁷, angeleitet durch den in Eschen arbeitenden, aber vom st.gallischen Haag aus agierenden Appenzeller Jakob Sprenger. Er sammelte diesseits wie jenseits des Rheins eine gewisse Anhängerenschaft der freiwirtschaftlichen Lehre, zu der er Schriften vertrieb; er verwaltete auch die «Liechtensteinische Freiwirtschaftliche Zeitung» und lud Redner ein. Die auf Silvio Gesell (1862 – 1930) zurückgehende Freiwirtschaftslehre lehnte den Kapitalismus wie den Zwangssozialismus ab. Zinsnehmen sollte verboten werden. Eine «Freigeld»-Währung («Schwundgeld»), deren Noten vom Besitzer möglichst rasch weitergegeben würden, weil ihr nach System schwindender Wert von ihm jede Woche zu ergänzen wäre, sollte die Wirtschaft in Schwung halten. Als «Freiland» sollte der Boden öffentliches Eigentum sein und nur im

Nutzungsrecht vergeben werden. Die liechtensteinische Freiwirtschaftsbewegung, die vor allem in oppositionellen Oberländer Arbeiterkreisen Anhang fand, setzte sich alsbald in scharfe, aggressive Opposition zur liechtensteinischen Bürgerparteiregierung.

Als der Freiwirtschaftsbund daher im September 1932 den katholischen Theologen und bekannten Freiwirtschaftler Professor Ude aus Graz zu öffentlichen Referaten in liechtensteinischen Gemeinden einlud, forderte die Regierung den bereits im Land eingetroffenen Ude zum Redeverzicht auf. Die Regierung fürchtete negative Rückwirkungen auf die innere politische Situation, vor allem aber eine Gefährdung des im Aufbau stehenden liechtensteinischen Gesellschaftswesens, dessen Einnahmen für die Arbeitsbeschaffung in der Krise lebenswichtig waren. Als Ude sich weigerte, die Referate abzusagen – am Abend wollte er in Ruggell auftreten –, wurde er am 14. September 1932 kurzerhand ausgewiesen und polizeilich handfest über die Grenze bei Tisis gestellt.⁴⁸

Jetzt wurde die Aktion rheinüberschreitend. Die Freiwirtschaftler wollten den in Tisis wartenden Ude schon vier Tage nach der liechtensteinischen Ausschaffung einfach im «Kreuz» in Haag auftreten lassen, am 18. September 1932, dem eidgenössischen Betttag. Regierungschef Hoop wandte sich telefonisch an den Regierungsrat in St.Gallen und an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in Bern und verlangte ein Einreiseverbot gegen Ude. Die im Zuge des Zollvertrages geschlossene Fremdenpolizei-Vereinbarung besagte in Artikel 7 nämlich, dass die Schweiz einer aus Liechtenstein ausgewiesenen Person den Aufenthalt in der st.gallischen und bündnerischen Nachbarschaft nicht ohne Einwilligung der liechtensteinischen Regierung gestatte. So verbot die St.Galler Regierung darauf Ude die Einreise zur Rede in Haag. Ude wurde am 18. September 1932 in Buchs beim Verlassen des Zuges abgefangen und mit dem nächsten Zug nach Feldkirch zurückgeschickt. Derweil warteten im «Kreuz» in Haag 350 Personen – offenbar zu einem grossen Teil aus Liechtenstein – vergeblich auf den freiwirtschaftlichen Vortrag von Ude.⁴⁹

Der Vorfall führte zu zwei Interpellationen im Nationalrat, in dem Gadiet (demokratisch, Graubünden), und Huber

(sozialdemokratisch, St.Gallen) die Revision der fremdenpolizeilichen Vereinbarung mit Liechtenstein forderten, damit solche auf liechtensteinisches Geheiss in der Schweiz besorgte Freiheitsbeschneidung nicht wieder vorkomme. Bundesrat Häberlin rechtfertigte im Nationalrat das schweizerische Vorgehen: Udes geplanter Auftritt hätte auf Liechtenstein gezielt.⁵⁰ Den Bischöfen von Chur und St.Gallen teilte Regierungschef Hoop wenig später mit, die liechtensteinische Regierung habe gegen Ude-Vorträge in Chur und St.Gallen nichts einzuwenden, sie gestatte solche nur nicht in nächster Landesnähe.⁵¹ In der Schweizer Presse rumorte es wegen

31 W&O, 28. Sept. 1923: «Liechtenstein».

32 W&O, 24. Sept. 1923: «Die Stellung Feldkirchs zum Zollanschluss an Liechtenstein». – Vgl. zu den Feldkircher Bestrebungen auch Wanner 1973, S. 74ff.

33 W&O, 28. Sept. 1923: «Zur Zollunion mit Liechtenstein».

34 W&O, 8. Okt. 1923: «Liechtensteiner Zollanschluss».

35 W&O, 8. Okt. 1923: «Der Zollanschluss Liechtensteins im Ständerat».

36 Vgl. W&O vom 8., 17., 19. und 22. Okt. 1923.

37 W&O, 24. Okt. 1923: «Liechtensteiner Zollanschluss».

38 Vgl. W&O vom 16. Nov. sowie 10. und 14. Dez. 1923.

39 W&O, 21. Dez. 1923: «Erfreuliche Botschaft». – W&O, 24. Dez. 1923: «Buchs und Liechtenstein». – Vgl. Seger 1973, S. 49ff.

40 Seger 1973, S. 50f.

41 W&O, 24. Dez. 1923: «Buchs».

42 W&O, 31. Dez. 1923: «Zollunion mit Liechtenstein».

43 W&O, 28. Dez. 1923: «Zollunion mit Liechtenstein» (1. und 2. Teil, -th-Korr.).

44 W&O, 31. Dez. 1923: «Aus Heimat und Fremde».

45 W&O, 31. Dez. 1923: «Zollunion mit Liechtenstein». Diese mit «-th-» gezeichnete, sachkundige Artikelfolge im W&O vom 28. und 31. Dez. 1923 dürfte sogar aus Nationalrat Johann Jakob Gabathulers Feder aus Weite/Wartau stammen.

46 Vgl. Reich 1990.

47 L. Vo., 22. Aug. 1930.

48 *Liechtensteinische Freiwirtschaftliche Zeitung* (L. Freiw. Z.). Sie ist von 1931 bis 1933 erschienen; davon sind erhalten: 2. Jg., Nr. 40–48, 8. Okt. bis 3. Dez. 1932, und 3. Jg., Nr. 17, 23. April 1933. Liechtensteinisches Landesarchiv (LLA), Vaduz.

49 LLA RF 129/247.

50 Ebda. – Vgl. *National-Zeitung* (Basel), 27. Sept. 1932.

51 Regierungschef Dr. Josef Hoop (1895–1959) an den Bischof von Chur und den Bischof von St.Gallen, 15. Okt. 1932; LLA RF 129/247.

des Falls Ude und Liechtensteins noch eine Zeitlang, indem die freisinnigen und sozialdemokratischen Blätter für Ude und die Redefreiheit, die konservativen Blätter für die liechtensteinische Regierung eintraten. Ude referierte im Herbst 1932 an verschiedenen Orten in der Schweiz, so am 30. Oktober 1932 auch im «Schiff» in St.Gallen.⁵² Ein Gesuch Udes, auch in Buchs reden zu dürfen, lehnte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement aber ab.⁵³

Der ganze Vorgang zeigt exemplarisch, wie eine kleine, ideologisch radikale Bewegung sich sogleich über den Rhein hinweg beidseitig solidarisch organisierte, viel eher als traditionelle, in die verantwortliche Politik eingebundene Parteien, die sich gegenseitig kaum berührten. Deutlich wird am Fall Ude auch die politische und fremdenpolizeiliche Zusammenarbeit der Regierungen auf beiden Seiten des Rheins: Das Territorium keiner Seite sollte Ausländern für Agitation gegen die andere Seite zur Verfügung stehen. Diese völkerrechtliche und freundschaftliche Zusammenarbeit – auf welche die Schweiz gegenüber Liechtenstein ebenso angewiesen war – konnte zum Zielkonflikt mit der demokratischen Freiheitsauf-fassung führen.

Warenhausverbot 1937: Wider «Proletarisierung von Handel und Gewerbe . . .»

Buchser Keller füllten sich mit Früchten des Zollvertrags. Dank dem Wegfall der Zollgrenze am Rhein konnte hin und her frei gekauft und verkauft werden. Sehr viele Liechtensteiner kauften in den in Buchs entstehenden Warenhäusern – vor allem Migros und Modern – ein, weil die Preise niedriger, das Angebot breiter, die Werbung wirksam war. Dem liechtensteinischen Handel und Gewerbe war dies ein ständiges Ärgernis. Die liechtensteinischen Zeitungen schrieben gegen die Buchser Warenhäuser, gegen Migros, Konsum und Einheitspreisgeschäfte – und nahmen deren Inserate gern auf. Die Aufrufe, im Inland zu kaufen, hatten keinen Erfolg.⁵⁴

Es kam vor, dass liechtensteinische Kleinhändler Waren in der Migros in Buchs einkauften und in ihren Läden in Liechtenstein teurer weiterverkauften.⁵⁵

Zur Abwehr schritt man in Liechtenstein, als das 1937 von Alois Biedermann in Vaduz eröffnete Lebensmittelgeschäft

Liechtensteiner Arbeiter!

Wir empfehlen Euch, dem Warenhausgesetz zuzustimmen und am 22. August 1937 ein **Ja** in die Urne zu legen.

Das Warenhausystem ist auf äußerste Rationalisierung und **tiefe Löhne** eingestellt, was niemals im Interesse des arbeitenden Volkes ist.

Wir stimmen dem Gesetze aus sozialen, volkswirtschaftlichen Gründen zu.

Der Zentralauschuss des liechtenst. Arbeiterverbandes:

Der Präsident: Hans Banzer, Triesen.

533

Wer für Warenhaus und Migros ist, legt am Sonntag ein Nein in die Urne.

Wer will, daß Migros u. Warenhaus nicht kommen, stimmt



Beispiele von Aufrufen in den liechtensteinischen Zeitungen am Tag vor der Warenhausabstimmung 1937. Mit der Annahme des Warenhausgesetzes wurden Warenhäuser in Liechtenstein verboten. (Unten aus «Liechtensteiner Volksblatt», oben aus «Liechtensteiner Vaterland», 21. August 1937.)

sich alsbald als Migros-Filiale entpuppte. Die liechtensteinische Gewerbe-genossenschaft reagierte prompt. Sie arbeitete zuhanden der Regierung einen Gesetzesentwurf aus, wonach Warenhäuser in Liechtenstein verboten werden sollten. Die Gewerbe-genossenschaft argumentierte, solche grosskapitalistischen Geschäfte würden den Detailhandel, das Gewerbe, den Mittelstand, aus dem Liechtenstein überhaupt bestehe, zerstören.⁵⁶ Der liechten-

steinische Landtag verabschiedete das Gesetz, das «Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und ähnliche Grossunternehmungen und deren Filialen» verbot⁵⁷, einstimmig und in Eile, um, wie der Regierungschef sagte, «den Ruin des Gewerbestandes, der das staatserhaltende Element ist, fernzuhalten»⁵⁸ oder, wie der Präsident der Gewerbe-genossenschaft, Franz Hilbe, es ausdrückte, um die «Proletarisierung von Handel und Gewerbe» durch das «wirtschaftsschädigende» Migros-System zu verhindern.⁵⁹ Diese markige Mittelstands-Ideologie wurde im Landtag zwar etwas relativiert: Der Regierungschef wies darauf hin, dass die Migros den liechtensteinischen Bauern jährlich etliches an Produkten abnehme (Erbsen, Bohnen, Eier etc.). Die Landtagsabgeordneten wünschten, die liechtensteinischen Händler sollten niedrigere Preise verlangen, sonst kaufe man eben weiter in Buchs ein. Der Landtag verwehrte dem Gesetz die vom Gewerbe geforderte Dringlichkeitserklärung.⁶⁰

In vier Gemeindeversammlungen – in Triesen, Triesenberg, Ruggell und Eschen – sprachen sich Mehrheiten für das Referendum gegen das Warenhausgesetz aus.⁶¹ Vor der Volksabstimmung riefen Bauernverein, Arbeiterverband und Beamtenverband dazu auf, das Warenhausverbot zu bekräftigen und den Handels- und Gewerbebestand in Liechtenstein zu schützen, nach dem Motto «Liechtenstein den Liechtensteinern»,⁶² desgleichen beide Landeszeitungen.⁶³ Das Waren-



Bahnhofstrasse in Buchs mit Kaufhäusern, in welchen auch die liechtensteinische Bevölkerung gern einkaufte. Vorne rechts das Kaufhaus «Modern» in den 1930er Jahren. (Bild Privatbesitz Hansruedi Rohrer, Buchs.)

hausverbot wurde in der Volksabstimmung auch deutlich bestätigt. Balzers, Triesen, Triesenberg und Gamprin wiesen immerhin ablehnende, das heisst migrosfreundliche Mehrheiten auf.⁶⁴ Die Gewerbegeossenschaft dankte den Stimmbürgern für diesen «Sieg des Idealismus über den Materialismus»⁶⁵, womit sie den liechtensteinischen Einzelhändlern und Handwerkern Arbeit und Verdienst zu erhalten hoffte. Dass sich wegen eines provokativen Flugblatts, das Liechtenstein zum Anschluss an die Schweiz aufrief, ein Zeitungsstreit mit Duttweiler mit vorübergehender Konfiskation einer Nummer von dessen Zeitung «Die Tat» durch die liechtensteinische Regierung ergab⁶⁶, gehört zu den Kuriositäten der Warenhausepisode.

Das Verbot von Warenhäusern in Liechtenstein, das bis 1970 bestand⁶⁷, war ein wenig tauglicher Versuch, den zersplitterten und überfüllten liechtensteinischen Kleinhandel vor der Buchser Grosskonkurrenz zu schützen. Der durch den Zollvertrag erweiterte gemeinsame Markt spielte über den niedrigeren Preis: Die Liechtensteiner kauften weiter in Buchs ein. Der das Warenhausverbot auslösende liechtensteinische Ladenbesitzer in Vaduz bezog seine Ware weiter durch die Migros in Buchs, gegen 10 Prozent Provision, packte sie in ein neutrales Auto und in neutrales Papier um und verkaufte sie in Vaduz. Dagegen konnten die protestierende liechtensteinische Gewerbegeoss-

enschaft, an deren Spitze liechtensteinische Lebensmittel-Grosshändler sassen, und die Regierung nicht viel machen.⁶⁸

Im Zweiten Weltkrieg: Liechtensteinische Höhenfeuer zum 1. August

Werfen wir noch einen kurzen Blick auf das gegenseitige «übrerrheinische» Verhältnis in der Zeit der Gefährdung im Zweiten Weltkrieg. Jetzt trat die geschäftliche Konkurrenz in den Hintergrund, nachbarliche Freundschaft wurde wichtiger. Mit dem österreichischen Anschluss ans Dritte Reich 1938 wurde Liechtenstein für die Schweiz strategisch wichtig, lag es doch direkt vor dem Festungsgebiet der Sarganser Pforte, zu dem auch das werdenbergische Gebiet gehörte. Liechtenstein durfte nicht ans Reich fallen, sonst wäre die deutsche Wehrmacht auf Ellhorn und Mittagsspitze gesessen. Die Schweiz pflegte nun das kleine Fürstentum sogleich wieder mehr als in der vorangegangenen Wirtschaftskrise.⁶⁹

Die schweizerische militärische Grenzbesetzung trennte Liechtenstein den ganzen Weltkrieg hindurch und bis 1946 wieder stärker von der schweizerischen Nachbarschaft ab.⁷⁰ Für den Fahrverkehr war nur noch die Rheinbrücke Buchs-Schaan offen. Die Heerespolizei kontrollierte alle Personen, sie mussten Grenzkarten beziehen. Die in Liechtenstein lebenden Ausländer waren im Grenzverkehr auf den Streifen von Sevelen bis Haag, schliesslich

auf Buchs allein beschränkt, für die übrige Schweiz war für sie ein Visum erforderlich, welches Deutschen in Liechtenstein kaum gewährt wurde. Kriegswirtschaftlich arbeitete man engstens zusammen, insbesondere in der Landesversorgung mit Lebens- und Futtermitteln. Flüchtlinge überstellte die liechtensteinische Polizei nach Buchs an die dort stationierten kantonalen oder militärischen Polizeinstanzen. Der internationale Bahnverkehr über die durch Liechtenstein bis Buchs fahrende Deutsche Reichsbahn war im Krieg immer wieder gestört. Buchs entwickelte sich auch zum Treffpunkt für Nachrichtendienste, mit Verbindungen durch Liechtenstein hindurch.

Aufmerksam beobachtete man vom Werdenbergischen aus – wo man evakuationsbereit und nicht ohne begründete Angst an exponierter Grenzlage vor der Festung Sargans sass –, wie die Liechtensteiner sich verhielten. Dankbar anerkannte man etwa die liechtensteinische Sammlung für das Schweizerische Rote Kreuz (1940)⁷¹,

52 *L. Freiw. Z.*, 5. und 12. Nov. 1932.

53 LLA RF 129/247.

54 Vgl. *L. Vo.* und *L. Na.* das Jahr 1933 hindurch sowie *L. Vo.* und *L. Va.* im Jahr 1937.

55 Votum von Landtagspräsident und Regierungschef-Stellvertreter Pfr. Anton Frommelt (1895–1975) im nichtöffentlichen Landtag vom 24. Juni 1937, LLA L Landtags-Prot.

56 *L. Va.*, 9. und 19. Juni 1937.

57 *LGBl.* 1937, Nr. 17.

58 LLA L Landtags-Prot. vom 24. Juni 1937, öffentl. Sitzung.

59 LLA L Landtags-Prot. vom 24. Juni 1937, nichtöffentl. Sitzung, mit Beizug von 3 Vertretern der Gewerbegeossenschaft.

60 Ebda., nichtöffentl. und öffentl. Sitzung.

61 *L. Va.*, 21. und 24. Juli 1937.

62 *L. Va.*, 14. und 21. Aug. 1937.

63 *L. Vo.* und *L. Va.* vom 21. Aug. 1937.

64 Volksabstimmung vom 22. Aug. 1937: Annahme des Warenhausverbotsgesetzes mit 1291 Ja zu 904 Nein. *L. Vo.*, 24. Aug. 1937; *L. Va.*, 25. Aug. 1937.

65 *L. Va.*, 25. Aug. 1937.

66 *L. Vo.*, 4. Sept. 1937; *L. Va.*, 11. und 18. Sept. sowie 9. Okt. 1937.

67 *LGBl.* 1970, Nr. 21.

68 LLA RF 178/215, 10. März 1938.

69 Vgl. Geiger 1990a, S. 5, 10ff., 28, 34.

70 Für das Folgende verschiedenste Quellen im LLA in Vaduz, welche der Verfasser im Rahmen seiner laufenden Forschungsarbeit zu Liechtenstein in den dreissiger Jahren und im Zweiten Weltkrieg verwendet.

71 *W&O.* 15. März 1940: «Ein guter Nachbar.»



Blick von Liechtenstein in Richtung Balzers, Wartau und Sargans: Wäre Liechtenstein nach 1938 an Hitlerdeutschland angeschlossen worden, so wäre die deutsche Wehrmacht auf die Mittagsspitze, vor die Luziensteig und an den Rhein bis aufs Ellhorn zu sitzen gekommen – direkt vor und über der Sarganser Pforte. (Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz.)

begrüsste Regierungschef Hoop und weitere Liechtensteiner, als sie am 2. März 1940 im Saal des Hotels «Bahnhof» in Buchs an einem Konzertabend zugunsten der schweizerischen Soldatenfürsorge und der schweizerischen «Nationalspende» teilnahmen.⁷² Buchs stellte gerne den Fussballplatz für die Meisterschaftsspiele des FC Vaduz zur Verfügung, weil die schweizerischen Wehrmänner nur im Inland spielen durften.⁷³ Besonders freudig nahm man auf der Schweizer Seite die am 1. August auch von Liechtensteinern solidarisch entflammten Höhenfeuer wahr⁷⁴ – Schweizerfahnen waren mit allen ausländischen Hoheitszeichen in Liechtenstein verboten worden. Alle Selbständigkeitsbezeugungen auf liechtensteinischer Seite gegenüber dem drohend-werbenden Dritten Reich und insbesondere die Einschränkung der nationalsozialistischen «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein» und das Verbot von dessen Kampfblatt «Der Umbruch» nahm man befriedigt zur Kenntnis.⁷⁵

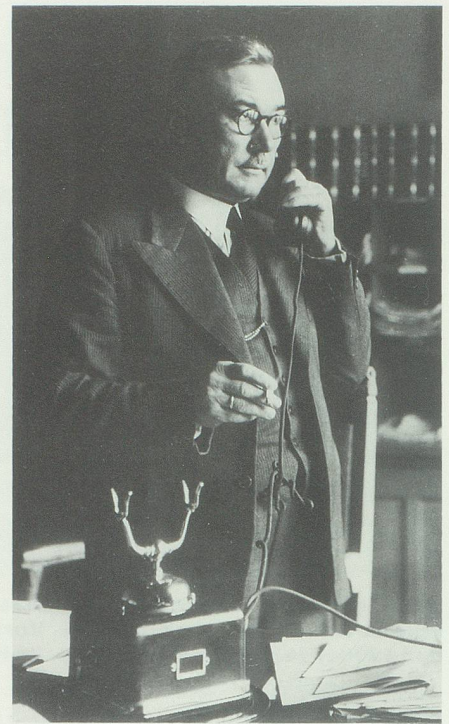
Jetzt hatte man nichts mehr einzuwenden, wenn Liechtenstein als eigentlicher «zugewandter Ort der Schweiz», als in «schweizerisch-liechtensteinischer Schicksalsgemeinschaft» lebend charakterisiert wurde.⁷⁶ Man war im Werdenbergischen froh, wenigstens noch hinter dem liechtenstei-

nischen «Arkadien in Spartas Nachbarschaft»⁷⁷ – dem friedlichen Liechtenstein vor Hitlers Schreckensreich – wohnen zu dürfen. Der gemeinsamen Gefahr durch Nationalsozialismus, Drittes Reich und Krieg war man sich beidseits des Rheins bewusst.

Soll die Tour de Suisse durch Liechtenstein fahren?

Diese gegenseitige freundnachbarliche Stimmung wich nach dem Kriegsende und der überstandenen Gefahr wieder gelegentlicher Distanzierung. Alte Töne des Misstrauens fanden manchmal Raum, etwa als im Juni 1946 Nationalrat Dr. Johann Jakob Schwendener, Buchser Gemeindeammann und Rechtsanwalt, im Nationalrat eine Interpellation einreichte. Die scharfe fremdenpolizeiliche Kontrolle an der schweizerischen Grenze zu Liechtenstein sei, so führte der Interpellant aus, weiterhin wie den Krieg hindurch gerechtfertigt, da sich im Fürstentum «immer noch circa 500 unerwünschte und verdächtige Ausländer aufhalten». Statt dass Schwendener als Nachbar sich für raschen Abbau der hindernden Kriegsabspernung Liechtensteins einsetzte – wie von Liechtensteiner Seite erwartet wurde –, fragte der Buchser Interpellant vielmehr:

«Hält es der Bundesrat mit dieser Situa-



Der liechtensteinische Regierungschef Dr. Josef Hoop (1895–1959) amtierte von 1928 bis 1945, ab 1938 in Koalition seiner Fortschrittlichen Bürgerpartei mit der Vaterländischen Union. Er lehnte sich eng an die Schweiz an, suchte nationalsozialistische Tendenzen zurückzudrängen und hielt sich Hitlerdeutschland durch stille Diplomatie vom Leibe. (Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz.)

tion vereinbar, dass die diesjährige Tour-de-Suisse, an der sich ausser einer grossen Anzahl in- und ausländischer Radfahrer auch ein bedeutender Tross von Begleit-Automobilen in- und ausländischer Provenienz beteiligt, durch das Fürstentum Liechtenstein geführt wird? Wenn ja, welche fremdenpolizeilichen Sicherungs- und Schutzmassnahmen gedenkt der Bundesrat zu treffen, damit keine verdächtigen und unerwünschten Elemente in Verbindung mit diesem Sportanlass in unser Land hereinkommen?»⁷⁸

Swendener visierte offenbar die Deutschen und Österreicher sowie die Staatenlosen und die rund 120 internierten Russen in Liechtenstein an. Von Liechtensteiner Seite klärte man über die fremdenpolizeilichen Verhältnisse auf, betonte die «guten freundnachbarlichen Beziehungen zu Buchs» und hoffte, dass die in Bern laufenden Bemühungen der liechtensteinischen Regierung zur «vorkriegsmässigen Normalisierung des Grenzverkehrs



Am 19. Juli 1946 fuhr die Tour de Suisse auch durch Liechtenstein, ohne Halt. Am 16. August 1947 war Schloss Vaduz dann Zielort einer Halbetappe: Fürst Franz Josef II. und Fürstin Gina überreichen dem Sieger der Tour-de-Suisse-Halbetappe, Walter Diggelmann, am 16. August 1947 den Pokal. (Bild Eduard von Falz-Fein; Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz.)

über den Rhein von Buchs nicht torpediert werden». Eine «Invasion der Schweiz» durch die Tour-de-Suisse-Neugierigen von seiten Liechtensteins sei nicht zu befürchten. Pointiert traf der liechtensteinische Kommentator den Nerv der Sache: «Der Fremdenverkehr über den Rhein nach Liechtenstein und die paar Kilometer 'Tour de Suisse' werden durch den täglichen Einkäuferstrom aus Liechtenstein nach Buchs kompensiert.» Schliesslich sei «Buchs wohl der grösste wirtschaftliche Gewinner und Nutzniesser des Zollanschlusses mit Liechtenstein.»⁷⁹ Womit wir wieder bei den schon eingangs festgestellten materiellen Interessen angelangt sind.

Die Tour de Suisse radelte 1946 friedlich auch durch Liechtenstein. Die Grenzkontrollen am Rhein wurden bald aufgehoben. Geschäftiger Alltag und geschäftliche Normalität traten wieder ein.

Der Kreis unserer rheinnachbarlichen Facetten schliesst sich. Die zwei Talseiten lagen und liegen weiter nebeneinander wie Rheinkiesel im Flussbett – jeder für sich, wengleich ähnlich, bei Strömung sich stossend und unmerklich gegenseitig

sich formend, von Flut zu Flut miteinander durch Rhein und Zeit vorwärts oder abwärts getragen.

72 *W&O*, 4. März 1940.

73 *W&O*, 29. März 1940.

74 *W&O*, 2. Aug. 1940; *W&O*, 4. und 15. Aug. 1941.

75 So etwa: *W&O*, 7. Aug. 1940. – *W&O*, 12. Aug. 1940: «Sorgen eines kleinen Nachbarn». – *W&O*, 27. Sept. 1940: «Liechtenstein in Kriegszeiten». – *W&O*, 16. Okt. 1940: «Neue Sorgen». – *W&O*, 3. Jan. 1941: «Liechtensteinische Sorgen». – *W&O*, 15. Aug. 1941. – *W&O*, 2. Jan. 1942: «Liechtenstein an der Jahreswende». – *W&O*, 27. Juli 1942: «Der Zürichertag in Liechtenstein». – *W&O*, 26. und 30. Dez. 1942. – *W&O*, 12. März 1943.

76 *W&O*, 22. und 26. Sept. 1941: «Querschnitt durch Liechtenstein», Artikelreihe von P. W.

77 So Chefredaktor Dr. Willi Rohner anlässlich der Fürstenhochzeit, *W&O*, 12. März 1943: «Tagesbericht».

78 Text im *L.Va.*, 12. Juni 1946.

79 *L.Va.*, 12. Juni 1946: «Tour de Suisse. Interpellation Nationalrat Schwendener im schweizerischen Nationalrat».

Quellen und Literatur

LGBl.: Liechtensteinisches Landesgesetzblatt.

LLA.: Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz.

L.Freiw.Z.: Liechtensteinische Freiwirtschaftliche Zeitung (1931–33, Triesen/Eschen).

L.Na.: Liechtensteiner Nachrichten (1924–1935, Vaduz).

L.Va.: Liechtensteiner Vaterland (seit 1936, Vaduz).

L.Vo.: Liechtensteiner Volksblatt (seit 1878, Schaan).

O. Na.: Oberrheinische Nachrichten (1914–1924, Vaduz).

Umbr.: Der Umbruch (1940–1943, Vaduz).

W&O.: Werdenberger & Obertoggenburger (seit 1869, Buchs).

Dreier/Pichler 1989: W. DREIER/M. PICHLER, *Vergebliches Werben. Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920)*. Bregenz 1989.

Eidgenossen, helft euern Brüdern in der Not. Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922. Hg. vom Arbeitskreis für regionale Geschichte. Mit Beiträgen von I. BÖHLER u. a. Feldkirch 1990.

Geiger 1990a: P. GEIGER, *Liechtenstein im Jahre 1938*. – In: *JBL* 88 (1990), S. 1–36.

Geiger 1990b: P. GEIGER, *Die liechtensteinische Presse und Vorarlbergs Anschlussbestrebungen*. – In: *Eidgenossen helft* . . . , S. 95–114.

HBLs.: *Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz*. Neuenburg 1921–1934.

JBL.: *Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein*, Bde. 1–88. Vaduz 1901–1990.

Liechtenstein 1946: LIECHTENSTEIN, E. VON, *Liechtensteins Weg von Österreich zur Schweiz*. Vaduz o. J. [1946].

Reich 1990: H. J. REICH, *Der 25. September 1927: Erinnerungen des damaligen Buchser Wasserwehrkommandanten Hans Ködderitzsch*. – In: *Werdenberger Jahrbuch* 1990, S. 124–128.

Seger 1973: O. SEGER, *Fünfzig Jahre Zollvertrag Schweiz–Liechtenstein*. – In: *JBL* 73 (1973), S. 5–58.

Wanner 1973: G. WANNER, *Die Auswirkungen der Kündigung des österreichisch-liechtensteinischen Zollvertrages auf die vorarlbergisch-liechtensteinischen Beziehungen zwischen 1919 und 1924*. – In: *JBL* 73 (1973), S. 59–109.

WJ: *Werdenberger Jahrbuch* 1988ff., hg. von der Historisch-Heimatkundlichen Vereinigung des Bezirks Werdenberg, Buchs 1987ff.

Witzig 1974: D. WITZIG, *Die Vorarlberger Frage. Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922*. Zweite, unveränd. Aufl. Basel, Stuttgart 1974.

Für mündliche Information zum damaligen Buchser Gemeindeammann Jacques Kuhn danke ich seinem Enkel, Herrn Jacques Kuhn, Buchs.

Bildnachweis

Folgenden Institutionen und Personen sei für die Bereitstellung von Bildern gedankt: Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz; Eduard von Falz-Fein, Vaduz; Liechtensteiner Vaterland, Vaduz; Liechtensteiner Volksblatt, Schaan; Vorarlberger Landesarchiv, Bregenz; Stadtarchiv Feldkirch; Gerhard Wanner, Feldkirch; Werdenberger & Obertoggenburger, Buchs; Jacques Kuhn, Buchs; Hansruedi Rohrer, Buchs.